



Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Stefan Grob  
Monbijouplatz 11  
10178 Berlin  
Telefon: 030 – 29 77 27 20  
Telefax: 030 – 29 77 27 99  
E-Mail: [Stefan.Grob@studentenwerke.de](mailto:Stefan.Grob@studentenwerke.de)  
Internet: [www.studentenwerke.de](http://www.studentenwerke.de)

# Pressemitteilung

## Deutsches Studentenwerk: „Studiengebühren gehören abgeschafft“

- **DSW-Präsident Rolf Dobischat im WDR: „Studiengebühren verschärfen soziale Selektion im deutschen Hochschulsystem“**
- **Dobischat: „Gebührenländer bleiben Stipendienprogramme weiter schuldig“**
- **Studiengebührendarlehen „nicht sozialverträglich“**

Köln/Berlin, 20. Oktober 2008. Prof. Dr. Rolf Dobischat, der Präsident des Deutschen Studentenwerks, hat sich erneut deutlich gegen Studiengebühren ausgesprochen. In einer Sendung des Westdeutschen Rundfunks sagte er am Samstag in Köln: „Studiengebühren gehören abgeschafft. Sie sind sozial- und bildungspolitisch falsch. Studiengebühren belasten gerade einkommensschwächere Studierende und deren Eltern, und Studiengebühren können die ohnehin extreme soziale Selektion im deutschen Hochschulsystem noch weiter verschärfen.“ Es gebe „ernst zu nehmende“ Hinweise, dass Studiengebühren junge Menschen abschreckten. So habe eine Befragung des Hochschul-Information-Systems HIS ergeben, dass jeder vierte Studienverzichtler Angst vor Studiengebühren oder Verschuldung habe.

Mit Blick auf den Bildungsgipfel von Bund und Ländern am kommenden Mittwoch erklärte Dobischat: „Die Politik ist sich einig darin, dass wir mehr soziale Durchlässigkeit in Richtung eines Hochschulstudiums brauchen. Warum baut sie dann nicht soziale Barrieren wie Studiengebühren wieder ab?“

Dobischat schilderte in der Sendung „Hallo Ü-Wagen“ von WDR5, wie stark in Deutschland die soziale Herkunft über den Bildungsweg eines Menschen entscheidet: „Von 100 Akademikerkindern studieren 83, von 100 Nicht-Akademikerkindern nur 23. Von 100 Einser-Abiturienten wollen 81 sicher studieren, von 100 Einser-Abiturienten aus Nicht-Akademikerfamilien aber nur 68.“ Für Dobischat ist klar: „Wir müssen ein Hochschulstudium vor allem für einkommensschwächere, hochschulferne Familien attraktiver machen. Da sind Studiengebühren völlig falsch.“

500 Euro Studiengebühren im Semester machten mit 83 Euro im Monat immerhin 11% des durchschnittlichen studentischen Budgets von 770 Euro aus. „Das trifft vor allem jenes Drittel der Studierenden, das weniger als den BAföG-Höchstsatz von 640 Euro zur Verfügung hat.“

„Die von den Gebührenländern angekündigten Stipendienprogramme zur sozialen Abfederung von Studiengebühren gibt es noch immer nicht“, kritisierte Dobischat, „stattdessen werden den Studierenden zur Finanzierung der Gebühren Darlehen angeboten. Mit Zins und Zinseszinsen müssen einkommensschwächere Studierende, die solch Darlehen in Anspruch nehmen, viel mehr zurückzahlen als jene Studierende, die sich die Studiengebühren leisten können. Das ist nichts sozialverträglich.“